TOP

Haupt- und Finanzausschuss	01.04.2020

öffentlich

Vorlage Nr.	213/2020-1
Stand	11.03.2020

Betreff Mitteilung betr. Rückmeldungen zur Resolution des Rates der Stadt Bornheim "Keine Einsparung des Landes auf Kosten der Kommunen"

Sachverhalt

Der Rat der Stadt Bornheim hat in seiner Sitzung am 05.12.2019 folgende Resolution beschlossen:

1. Der Rat fordert die Landesregierung auf, die Mittel, die der Bund den Ländern zur Integration von Geflüchteten ab 2020 zur Verfügung stellt, an die Kommunen komplett weiterzuleiten.
2. Die Landesregierung muss endlich die Ergebnisse des vom Land in Auftrag gegebenen und seit Oktober 2018 vorliegenden Gutachtens von Professor Lenk (Universität Leipzig) berücksichtigen und dementsprechend eine auskömmliche Anpassung der Pro-Kopf-Pauschale für Asylsuchende rückwirkend ab dem 01.01.2018 beschließen.
3. Der Rat erwartet vom Land eine dauerhafte Übernahme der Kosten für Geduldete, die über die bisherige Zahlung einer Pauschale für drei Monate hinausgeht, zum Beispiel über eine Einbeziehung dieser Personengruppe in die Pro-Kopf-Pauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG).

Auf die Vorlage Nr. 740/2019-1 wird verwiesen.

Die Verwaltung hat die Resolution dem Ministerpräsidenten des Landes NRW, dem Landtagspräsidenten des Landes NRW, dem Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, dem Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, den Bundestagsabgeordneten des Rhein-Sieg-Kreises sowie den Landtagsabgeordneten des Rhein-Sieg-Kreises zugeleitet.

Die inzwischen eingegangenen Antworten sind anliegend beigefügt.

Anlagen zum Sachverhalt

Antwortschreiben Präsident Landtag NRW
Antwortschreiben MdL Kämmerling
Antwortschreiben MdL Freynick
Antwortschreiben Ministerpräsident NRW
Antwortschreiben Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW